

mit-mischen (im)possible? - Die Konstituierung der Stadtgesellschaft

Auf dem kommenden Stadtforum Berlin 2020 soll dies aus der Perspektive der Stadtentwicklungspolitik diskutiert werden.

10. März 2006 - 16.00 bis 19.00 Uhr

Filmkunsthaus Babylon, Rosa-Luxemburg-Straße 30, D-10178 Berlin

Aus der Perspektive engagierter Bürger lautet die Antwort auf oben gestellte Frage eindeutig: **Mitmischen „impossible“!**

Berliner Stadtentwicklungspolitik leistet sich seit 1991 fast ununterbrochen demokratische Scheinprozesse, die mit Steuergeldern finanziert werden. Statt in einer kreativen Stadt die vielen vorhandenen Potenziale kreativer Bürger zu nutzen, verhält das Motto „Berlin hilft sich selbst“ (siehe Hauptstadtkongress vom 15.1.05) in den sumptigen Ebenen Berliner Landespolitik.

Auf das Planen, Bauen (und Abreißen...) bezogen, enden unzählige Wettbewerbe, Diskussionen und Bürgerbeteiligungen auf den Schreibtischen zahlreicher Beamter, die sie unter Leitung des Senatsbaudirektors Hans Stimmann auf den Blockrand und die passende Traufhöhe zurechtstutzen. Das ist Berlin! „Alles was man hier anfasst wird zur Bulette.“ Neuestes Beispiel ist die Überbauung eines funktionierenden städtischen Platzes vor dem „Hotel unter den Linden“, das dafür derzeit an der Friedrichstrasse abgerissen wird.

Es war einmal anders in dieser Stadt. Dank einer Bürgerinitiative in den 80er Jahren wurde das ehemalige Gestapogelände an der Prinz-Albrecht-Straße schrittweise zurück in das Bewusstsein der Stadt geholt. Heute ist das Gelände „Topographie des Terrors“ neben dem Martin-Gropiusbau einer der meist besuchten Orte Berlins.

Trotz des Einmischens zahlreicher Bürgerinitiativen gegen den Abriss und für neue zukunftsweisende Alternativen in der Mitte Berlins, gibt es heute einen „Selektiven Rückbau des Palastes der Republik“. Mitmischen an einem offenen Wettbewerb oder sogar Nutzungskonzept ist auch hier nicht vorgesehen. Demnächst werden Investoren die privaten und öffentlichen Flächen bestimmen.

Das Prinzip der Subsidiarität wird in dieser Stadt sträflich vernachlässigt. Die Menschen wollen kein Berlin der „Experten, der Verordnungen, der unablässigen Vereinheitlichung und Regulierung“. Ein Berlin der Bürger kann nur dann funktionieren, wenn es „für die Bürger durchschaubar ist, wenn die Zuständigkeiten klar und nachvollziehbar geregelt sind, wenn nicht lange und quälende Entscheidungsprozesse die Arbeit prägen“ (siehe Erwin Teufel über Europa).

Zivilgesellschaftliche Gruppen können sehr viel leisten. Wenn man sie in die Verantwortung lässt.